Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "weiterlesen" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Die Sorgen der Deutschen: Angst macht Krise
2. Deutschlands Reichtum – Europas Misere
3. Genial daneben: Wie der Chefvolkswirt der Deutschen Bank „Europa" retten will
4. Pharmalohn für Ärzte: Vielen Dank für die Millionen!
5. Vorratsspeicherung kann starten
6. Flüchtlinge
7. Frankreichs Heimniederlage
8. Privatisierungsmeldung aus Griechenland entlarvt Heuchelei der Kolonialherren
9. CETA quicklebendig
10. Deutschlands globaler Horizont (II)
11. Klagt Erdogan an!
12. Die Russland-Kontroverse
13. Ukraine: Jetzt läuft die "Russische Welt"
14. Keine gemeinsame Haltung
15. Jeden Tag 100 000 Euro
16. AfD: Fünf Thesen zum Umgang mit der AfD
17. Oskar Lafontaine (Die Linke) – Jung & Naiv: Folge 265

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Die Sorgen der Deutschen: Angst macht Krise**
   So viel Angst war selten. Zumindest wenn es nach dem Index geht, mit dem eine bekannte Versicherung auf Basis von Umfragen jährlich ermittelt, was die Deutschen am meisten sorgt. Danach ist die Angst 2016 als größte Sorge irre hochgeschnellt. Was zunächst nicht weiter verwunderlich scheint – bei all dem, was man täglich so über Anschläge und neue britische Außenminister zu lesen bekommt. […]
   Wie fatal Angst wirken kann, zeigt sich beim Terror. Den Extremisten ist es gelungen, im Nu zu unserer Topangst zu werden. Obwohl die reale Wahrscheinlichkeit, bei einem Anschlag getötet zu werden, trotz des erneuten Horrors der vergangenen Nacht in Nizza immer noch enorm gering ist. Was wiederum ihr Kalkül aufgehen lässt, da die

Angst nun auch den mehr oder weniger blinden Hass auf alles füttert, was mit dem Islam zu tun hat – und sie sich so noch besser als Retter aller Moslems aufspielen können. Ziel erfüllt. Was im Großen gilt, gilt auch im Kleinen. Weil viele Eltern eine statistisch irreale Angst haben, dass ihr Kind auf dem Schulweg einen Unfall haben könnte, fahren viel mehr als nötig ihre Kinder mit dem Auto zur Schule – was die Gefahr von Unfällen nachweislich erhöht hat.
Quelle: Thomas Fricke auf Spiegel Online

2. **Deutschlands Reichtum – Europas Misere**
   Nach der Brexit-Abstimmung geriert sich die deutsche Bundesregierung – mal wieder – als Schulmeister Europas. Schuld an der europäischen Misere sind demnach die anderen; vor allem die südlichen Mitgliedstaaten der EU, die dem Spardiktat aus Brüssel nicht folgen und deshalb nun bestraft werden sollen. Was die Bundesregierung verschweigt: Deutschlands Wirtschaftspolitik trägt erheblich dazu bei, dass die Volkswirtschaften des Südens nicht auf die Beine kommen. Eine Politik, die gleichermaßen gegen Brüsseler Vorgaben verstößt – ohne dass Deutschland Konsequenzen drohen.
   Quelle: Monitor

   Dazu: Eine europäische Säule sozialer Rechte: Chance für ein soziales Europa?
   In der Europäischen Union sind derzeit laut Eurostat mehr als 21 Millionen Menschen arbeitslos – und das auf der Basis einer Berechnungsweise, die die Arbeitslosigkeit untererfasst. Beinahe jede/r Vierte ist in Europa von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Insbesondere in den Ländern, die eine radikale Spar- und Deregulierungspolitik unter Aufsicht der sogenannten „Troika“ umgesetzt haben, ist eine massive soziale Krise entstanden. Vor diesem Hintergrund erscheint es auf den ersten Blick als wichtige Maßnahme, dass die Europäische Kommission eine Initiative für eine „europäische Säule sozialer Rechte“ gestartet hat. Doch kann der Vorschlag der Kommission überhaupt einen Beitrag zu dem dringend notwendigen Kurswechsel in Richtung eines sozialen Europas einleiten?
   Quelle: blog.arbeit-wirtschaft.at

   Dazu auch: “Das ist ein giftiger Cocktail”
   Professor Stiglitz, Sie fordern eine umfassende Reform der Eurozone, um Austerität und Arbeitslosigkeit zu überwinden und wieder auf Wachstumskurs zu kommen. Reicht die gegenwärtige Konjunkturerholung denn nicht aus?
   Ich fürchte nein. Wenn der Kurs nicht bald geändert wird, dann steuern wir in der Eurozone auf einen großen Unfall zu. Das kann in Zeitlupe passieren oder auch ganz schnell kommen. Als Ökonom kann ich beim besten Willen nicht sehen, wie sich dieser

Unfall mit dem gegenwärtigen Kurs vermeiden ließe.
Sie denken an Griechenland?
Ja, aber nicht nur. Ich denke auch an die wirtschaftspolitische Agenda der Eurogruppe und ihre Folgen für die Bürger. Bisher haben die EU-Politiker angesichts der Krise in der Eurozone immer nur versucht, Zeit zu gewinnen und die Probleme vor sich herzuschieben. Damit haben sie viele Menschen gegen sich aufgebracht. Dies hat zu einer großen Desillusionierung geführt.
Sie sprechen vom Populismus, der sich in Europa ausbreitet?
Ja. Ich mag dieses Wort nicht, deshalb würde ich es anders ausdrücken: Die Parteien der Mitte verlieren an Zustimmung, und die extremen Parteien werden immer stärker. Mal sind es Separatisten wie in Spanien oder Neonazis wie die „Goldene Morgenröte“ in Griechenland. Dann gibt es die antieuropäischen Nationalisten vom Schlage Le Pen und natürlich die eher linken Bewegungen. Gemeinsam ist allen, dass sie das Zentrum ablehnen.
Erleben wir nicht ganz ähnliche Entwicklungen in den USA?
Ja, wir haben ähnliche Probleme. Man braucht den Euro also gar nicht, um Probleme zu haben (lacht). Auch ohne den Euro hätte Europa Probleme bekommen. Aber der Euro hat es zugespitzt und schlimmer gemacht. Dabei war Europa in mancher Hinsicht besser auf die Krise vorbereitet als Amerika, ich denke an das Bildungssystem. Doch der Euro hat bewirkt, dass ihr heute schlechter dasteht als wir!
Quelle: Hans Böckler Stiftung

3. **Genial daneben: Wie der Chefvolkswirt der Deutschen Bank „Europa“ retten will**
   David Folkerts-Landau, kein geringerer als Chefvolkswirt der Deutschen Bank, lässt uns in einem Interview mit der Welt wissen, dass er drei kleine Kinder hat, passionierter Europäer ist und sich Sorgen macht.
   Große Sorgen macht er sich über den Zustand „Europas“. Diese Sorgen kann man gut nachvollziehen, denn die Zukunftsaussichten für sein Europa – die EU – stehen wahrlich nicht zum Besten. Richtig ist auch, den besorgniserregenden Zustand der EU mit der Zukunft unserer Kinder in Verbindung zu bringen. Denn, dass seit Jahrzehnten mit einer verfehlten Wirtschaftspolitik in der EU die Zukunft unserer Kinder verspielt wird, ist nicht zu bestreiten.
   Was ihm so große Sorgen bereitet, ist das „schwache Wachstum“ im EU-Raum und der fragile Zustand des europäischen Finanzsystems. Messerscharf analysiert er, dass „die Finanzbranche nun einmal anders als die Zementindustrie“ ist. Kommt hier von ganz unerwarteter Seite Unterstützung für eine grundlegende Reform des Finanzsektors? Erkennt vielleicht sogar ein Chefvolkswirt, dass die Spardiktate „Europa“ „schwer

krank“ gemacht haben und der wirtschaftliche Kollaps nur vermieden werden kann, wenn alle Schuldenbremsen sofort gelöst werden?
Natürlich nicht. Dass der Finanzsektor nicht wie die Zementindustrie funktioniert, ist für ihn keineswegs Anlass zu überlegen, ob eine marktwirtschaftliche Ordnung des Finanzsektors überhaupt möglich ist. Er ist daher natürlich auch der Meinung, dass die EU-Bankenrichtlinie – die dem Prinzip von „Haftung und Kontrolle“ dadurch zum Durchbruch verhelfen will, dass sie Eigentümer und auch Gläubiger von Banken in Schieflage zur Kasse bittet – im Prinzip richtig ist, weil sie für „Disziplin sorgt“.
Quelle: Makroskop

Dazu: Die große Wut der kleinen Leute
In Brüssel kämpft Premier Renzi seit Wochen darum, mit Steuergeldern einspringen zu dürfen und das, bevor die neuen Bail-In-Regeln (siehe Info) greifen, wonach erst Aktionäre und Anleger bluten müssen, bevor der Staat etwas tun darf. Renzi will genau das: den Segen der EU für eine staatliche Hilfsaktion, um einen Volksaufstand wütender Kleinanleger zu vermeiden, die um Ersparnisse und Vermögen fürchten. Immerhin befindet sich mehr als ein Drittel der Bankanleihen in den Händen von Kleinsparern, von denen die meisten Papiere ihrer Lokalbank halten – kleine, regional verankerte Institute, vergleichbar den Raiffeisenkassen und Volksbanken in Deutschland. Dass gerade diese Häuser zu viele faule Kredite mitschleppen, ist seit einem Stresstest von 2014 wohlbekannt. Geschehen ist nichts, unter anderem deshalb nicht, weil diese Kategorie von Banken keiner EZB-Aufsicht unterliegt.
Gäbe es jetzt eine Zwangsenteignung nach den Bail-In-Regeln, träfe das Millionen kleiner Sparer, vor allem Rentner, die keine reichen Leute sind, ihren gut bekannten Filialleitern blind vertraut und alles unterschrieben haben, was die ihnen empfahlen. Was diese Anleger womöglich verlieren, lässt sich nie mehr ersetzen. Im Winter, als viele Institute schon einmal auf der Kippe standen, traf es sogenannte „nachrangige“ Anleihen von etwa 12.500 Inhabern. Insgesamt verloren gut 130.000 Kleinaktionäre durch die Wertberichtigung ihrer Papiere oft viel Geld. Italiens Verbraucherschützer liefen Sturm.
Quelle: der Freitag

4. **Pharmalohn für Ärzte: Vielen Dank für die Millionen!**
Rund 71.000 Ärzte erhielten 2015 Geld von der Pharmaindustrie, die Verstrickungen sind fragwürdig. SPIEGEL ONLINE und “Correctiv” haben eine Datenbank erstellt, mit der Sie Ihren Arzt suchen können. Es war ein Kulturbruch: Ende Juni legten 54 Pharmakonzerne erstmals offen, wie viel Geld sie an Ärzte in Deutschland zahlen. 575 Millionen Euro flossen demnach im vergangenen Jahr an mehr als 71.000 Ärzte und

Fachkreisangehörige wie Apotheker sowie 6200 medizinische Einrichtungen. Ein knappes Drittel dieser Ärzte hat zugestimmt, dass die an sie geleisteten Zahlungen veröffentlicht werden dürfen.
Quelle: Spiegel Online

5. **Vorratsspeicherung kann starten**
   Mehrere Eilanträge gegen die Vorratsdatenspeicherung sind gescheitert. Nur für SMS machen die Richter eine wichtige Einschränkung.
   Die umstrittene Vorratsdatenspeicherung kann wie geplant im Juli 2017 beginnen. Das Bundesverfassungericht lehnte jetzt zwei Eilanträge auf sofortige Aussetzung des Gesetzes ab.
   Bei der Vorratsdatenspeicherung müssen die Telefon- und Internetverbindungsdaten der ganzen Bevölkerung anlasslos bei den Telekom-Firmen gespeichert werden. Dabei wird zehn Wochen lang festgehalten, wer wann wen angerufen hat und wer sich wann mit welcher IP-Adresse ins Internet eingewählt hat. Der Standort aller Mobiltelefone wird vier Wochen lang gespeichert. Inhalte dürfen dabei nicht erfasst werden. (…)
   Nur bei SMS-Nachrichten machten die Richter eine wichtige Einschränkung. Die Kläger hatten bemängelt, dass hier Verbindungsdaten und Kommunikationsinhalte technisch gar nicht getrennt werden können. In diesem Fall, so die Vorgabe der Richter, dürften SMS eben gar nicht gespeichert werden. (…)
   Mit Spannung wird beobachtet, wie der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit nationalen Gesetzen zur Vorratsdatenspeicherung umgeht. 2014 hatte er die entsprechende EU-Richtlinie für nichtig erklärt, weil sie unverhältnismäßig sei. Am kommenden Dienstag wird der Generalanwalt am EuGH seine Empfehlungen zur Vorratsdatenspeicherung in Schweden und Großbritannien vorstellen.
   Quelle: taz

   Dazu: BUNDESVERFASSUNGSGERICHT
   – 1 BvQ 42/15 –
   Quelle: Bundesverfassungsgericht

6. **Flüchtlinge**
   a. **Weniger Syrer dürfen ihre Familien nachholen**
      Viele Flüchtlinge bekommen in Deutschland nur noch einen eingeschränkten Schutzstatus. Laut Asylstatistik endete im Juni jedes vierte Asylverfahren mit dem Status “subsidiärer Schutz”, bei Syrern sogar fast jedes zweite. Das bedeutet für sie vor allem, dass sie ihre Familien zunächst nicht nachholen dürfen. Betroffen waren laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) etwas mehr als 10.000 von 23.000 Flüchtlingen aus Syrien, deren

Verfahren im Juni abgeschlossen wurden. Sie haben den eingeschränkten Status des subsidiären Schutzes bekommen. Prozentual entspricht das etwa 45 Prozent aller Verfahren; Anfang des Jahres waren es noch weniger als ein Prozent, seitdem stieg der Wert monatsweise an. Der eingeschränkte Schutzstatus hat vor allem die Auswirkung, dass Anerkannte in den ersten zwei Jahren ihre Familien nicht nachholen dürfen. Die ersten Anträge können am 16. März 2018 gestellt werden; zu dieser Wartezeit kommt dann das derzeit oft jahrelange Bearbeitungsverfahren.
Der Bundestag hatte mit den Stimmen der Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD entschieden, dass ab dem Stichtag 17. März 2016 Flüchtlinge mit subsidiärem Schutz keine Familienangehörigen nachholen dürfen. Wer als Flüchtling anerkannt wurde, dessen Kernfamilie wie Ehepartner oder minderjährige Kinder dürfen nach Deutschland nachkommen.
Die SPD hatte ihre Zustimmung damals damit begründet, dass von der Neuregelung nur wenige Syrer betroffen wären. “Der Trend geht in die andere Richtung”, kritisiert jetzt aber die Flüchtlingshilforganisation “Pro Asyl”. Sie sieht darin den “Ausdruck politischer Einflussnahme auf das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge”.
Quelle: Deutschlandfunk

Dazu: Verbot von Familiennachzug betrifft mehr Flüchtlinge als angenommen
Nur wenige Syrer sollten von der Aussetzung des Familiennachzugs betroffen sein. Das versprach zumindest die Bundesregierung vor der Gesetzesverschärfung. Die Praxis zeigt jetzt etwas ganz anderes: allein im Juni wurden über 10.000 Flüchtlinge vom Familiennachzug ausgeschlossen.
Die Aussetzung des Familiennachzugs betrifft offenbar mehr Flüchtlinge als angenommen. Wie aus der aktuellen Asylstatistik hervorgeht, wurde bei Asylentscheidungen im Juni in fast einem Viertel (23,4 Prozent) der Fälle nur subsidiärer Schutz zugesprochen. Anfang des Jahres waren es weniger als ein Prozent der Fälle. Diese Gruppe darf für zwei Jahre keine Angehörigen nach Deutschland holen. Besonders betroffen sind laut Pro Asyl syrische Bürgerkriegsflüchtlinge. Fast jeder zweite von ihnen (46 Prozent) bekam nach am Donnerstag veröffentlichten Berechnungen der Organisation im Juni nur den untergeordneten Schutz zugesprochen. (…)
Pro Asyl erklärte, es stelle sich nun als falsch heraus, dass insbesondere die SPD davon ausgegangen sei, es würden nur wenige Syrer von der Aussetzung des Familiennachzugs betroffen sein. Damals hieß es, dass sich der Anteil

subsidiären Schutzes bei den Entscheidungen auf ähnlichem Niveau bewegen wird wie vor dem starken Anstieg der Flüchtlingszahlen. Die Rede war von einigen hundert Fällen. Allein im Juni waren aber 12.090 Fälle betroffen, davon laut Pro Asyl mehr als 10.000 Syrer.
Quelle: Migazin

b. **Wilde Lager an der serbisch-ungarischen Grenze**
Die Zahl der Flüchtlinge auf der Balkanroute nimmt wieder zu – das berichtet das UN-Flüchtlingshilfswerk. Die EU-Außengrenzen bleiben für die meisten von ihnen geschlossen. An der serbisch-ungarischen Grenze warten zurzeit Hunderte von Menschen. Sie übernachten offenbar wieder in improvisierten Lagern.
Quelle: Deutschlandfunk

c. **845 Menschen ertranken vor Libyens Küste**
Im April 2015 stößt vor Libyen ein Flüchtlingsboot mit einem Frachter zusammen. Inzwischen hat die Marine 845 Leichen geborgen. Begreift man das Mittelmeer als europäisches Gewässer, wäre es die zweitschlimmste Schiffskatastrophe nach dem Zweiten Weltkrieg. Die italienische Marine hat insgesamt 675 Leichen aus dem Wrack des Flüchtlingsbootes geborgen, das im April vergangenen Jahres im Mittelmeer gekentert war. Allein 458 Tote entdeckten die Einsatzkräfte im Frachtraum des Schiffes, wie die Marine zum Abschluss des Einsatzes bekanntgab. Das Wrack war Anfang Juli vom Meeresgrund gehoben worden, nachdem es am 18. April 2015 vor der Küste Libyens gesunken war. 170 Leichen waren bereits direkt nach der Katastrophe geborgen worden, 28 Menschen überlebten.
Italiens Regierungschef Matteo Renzi hatte nach dem Unglück angekündigt, das Wrack bergen zu lassen, um der ganzen Welt das Elend der Flüchtlinge vor Augen zu führen. Nun ist klar, dass mindestens 845 Menschen ums Leben kamen; damit ist das Kentern des Bootes eines der schlimmsten Schiffsunglücke im Mittelmeer nach dem Zweiten Weltkrieg. Die opferreichste europäische Schiffskatastrophe der Nachkriegszeit war der Untergang der Estonia mit 852 Toten. Die Fähre sank 1994 in der Ostsee.
Quelle: n-tv

Dazu: Mehr als 3.600 Flüchtlinge ums Leben gekommen
Die Internationale Organisation für Migration ermittelte für die ersten sechs Monate des Jahres eine Zahl von mindestens 3.694 Toten oder Vermissten. Im Vergleich zur ersten Jahreshälfte 2015 bedeutet dies einen Anstieg um 18 Prozent.

Quelle: Deutschlandfunk

d. **Operation Sophia – Schlepperpropaganda statt Seenotrettung**
Eigentlich soll die europäische Militäroperation „Sophia“ im Mittelmeer vor allem der Schleuserbekämpfung dienen. Doch das Ergebnis ist ernüchternd: Gerade mal „71 mutmaßliche Schlepper“ sind laut EU festgenommen worden. Und bei den allermeisten handelt es sich nach Aussagen italienischer Staatsanwälte um Flüchtlinge, die mit Schleppern nichts zu tun haben. Experten fordern anstelle der fragwürdigen Militäroperation eine echte „Seenotrettungsmission“ – doch die Bundesregierung setzt weiter auf Abschreckung, auch wenn die Zahl der Ertrunkenen im zentralen Mittelmeer wieder dramatisch ansteigt.
Quelle: Monitor

Dazu: Teurer Etikettenschwindel: Die EU-Militäroperation »Sophia« im Mittelmeer
Während tausende Menschen im Mittelmeer ums Leben kommen, hat die Europäische Union im vergangenen Jahr eine große Mission gestartet – aber nicht etwa mit dem primären Auftrag, Menschenleben zu retten. Höchste Priorität sollte die »Schlepperbekämpfung« haben. Ziemlich erfolglos, wie ein Monitor-Bericht zeigt.
PRO ASYL hatte es schon im vergangenen Herbst betont: Die Operation EUNAVFOR Med (später in »Operation Sophia« umgetauft, um einen humanitären Anstrich vorzugaukeln) ist nicht dazu da, um Flüchtlinge aus Seenot zu retten, ihr Auftrag lautet: Schlepper bekämpfen – oder das, was man dafür hält.
Es gehen kaum Schlepper ins Netz
Denn wie das ARD-Magazin Monitor berichtet sind seit Beginn der Operation seit Juni 2015 lediglich 71 vermeintliche Schmuggler festgenommen worden. Die Bundesregierung feiert das als Erfolg und betont die angeblich „abschreckende Wirkung“. Mit der Realität hat das aber nichts zu tun:
Quelle: Pro Asyl

7. **Frankreichs Heimniederlage**
Die Streikbewegung gegen das neue Arbeitsmarktregime ist faktisch zusammengebrochen. Nur noch ein harter Kern von rd. 200.000 Menschen ließ sich vor der traditionellen politischen Sommerpause zu den wöchentlichen Großdemonstrationen mobilisieren. Die Spaltung zwischen den Gewerkschaftsbünden ist offensichtlich. Angekündigt wurde eine Neuaufnahme der Aktivitäten nach der

habituellen politischen Sommerpause.
Didier Eribon, ein derzeit in Deutschland hoch gehandelter Soziologe, beschreibt die Lage so: »Es gibt in Europa sehr viele Menschen, die marginalisiert sind, die verzweifelt sind, die über das, was in ihrem Leben vor sich geht, wütend sind. Die nicht nur keine Arbeit haben, sondern die sich auch nicht mehr vorstellen können, dass sie jemals wieder einen Job bekommen werden oder dass es ihren Kindern eines Tages besser gehen wird. Und diese Leute haben kaum eine Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen: Wenn man keine Arbeit hat, kann man nicht streiken.
Und wenn man einen Job hat, riskiert man, dass der befristete Vertrag nicht verlängert wird oder man während des Streiks nicht bezahlt wird, was sich viele schlicht nicht leisten können. Und wenn sie dann demonstrieren, wissen sie, dass das keinerlei Effekt haben wird, selbst wenn sie wie in Frankreich eine sogenannte linke Regierung haben. Die Leute, die in diesen Tagen auf die Straße gehen, haben die aktuelle Regierung gewählt, bekommen aber nun zu hören, dass ihre Meinung keine Rolle spielt.«
Quelle: Sozialismus aktuell

8. **Privatisierungsmeldung aus Griechenland entlarvt Heuchelei der Kolonialherren**
„Griechenland privatisiert Bahn – Italiener erhalten Zuschlag“ lautete heute in vollem Ernst die Überschrift einer Reuters-Meldung, und das, obwohl der Zuschlag an ein Staatsunternehmen ging. Das ist kein Ausrutscher, auch bei der langfristigen Verpachtung der Flughäfen an die staatliche deutsche Fraport AG war von Privatisierung die Rede. Genauso wenig wie es bei der Privatisierungsauflage der Gläubiger um Effizienzsteigerung und Privatisierung geht, geht es bei den Hilfsprogrammen für Griechenland um Hilfe für Griechenland.
Quelle: Norbert Häring
9. **CETA quicklebendig**
SPD-Spitze formiert sich gegen »totes« Handelsabkommen TTIP. Abkommen mit Kanada bereitet dagegen keine Sorgen
Quo vadis TTIP? In der heute zu Ende gehenden 14. Verhandlungsrunde über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den USA und Europa fällt vielleicht bereits eine Vorentscheidung, ob aus dem Plan überhaupt noch etwas wird. Weil sich die US-Amerikaner in strittigen Fragen zuletzt kompromisslos zeigten, wird inzwischen offen über einen Abbruch der Gespräche spekuliert. Spitzenpolitiker der SPD halten ein Scheitern sogar für ausgemacht und leisten damit Vorfeldarbeit für einen wohlfeilen Kurswechsel ihres Parteichefs Sigmar Gabriel. Am EU-Kanada-Abkommen CETA wollen die Genossen hingegen festhalten.
Quelle: junge Welt

Anmerkung Christian Reimann: *Das Agieren insbesondere der SPD-Spitze ist nicht nachvollziehbar. Wie kann TTIP abgelehnt werden, aber zugleich CETA befürwortet werden? Es dürfte auch Herrn Gabriel – und anderen Personen in Spitzenfunktionen – bekannt sein, dass lediglich CETA benötigt wird. Ist CETA in Kraft, wird TTIP überflüssig. Bitte lesen Sie dazu erneut: Europa tappt in die TTIP-Falle.*

10. **Deutschlands globaler Horizont (II)**
    Das neue Bundeswehr-Weißbuch fordert Maßnahmen zur Vorbereitung der deutschen Gesellschaft auf erwartete Gegenschläge gegen deutsche Auslandsinterventionen. Um "Deutschlands Handlungsfreiheit zu erhalten", müssten "Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ihre Widerstands- und Resilienzfähigkeit erhöhen" – mit dem Ziel, nicht näher erläuterte etwaige "Schadensereignisse", die auf die "Handlungen" Berlins folgten, "absorbieren zu können", heißt es in dem Dokument. Das Weißbuch, das in seinem Hauptteil die strategische Grundorientierung der Bundesrepublik vornimmt, fordert zudem eine Straffung der strategischen Entscheidungsfindung und eine stärkere Einbeziehung ziviler Kräfte in die Realisierung der staatlichen Strategien. Auf EU-Ebene dringt es auf umfassende Maßnahmen zur Verflechtung der nationalen Streitkräfte der Mitgliedstaaten und zur Bündelung der nationalen Rüstungsindustrien; Deutschland allerdings müsse seine "Schlüsseltechnologien" im Wehrbereich behalten. Das oberste Strategiedokument der Bundesregierung sieht zudem die Auffrischung der deutschen Streitkräfte durch die Übernahme von Bürgern der EU-Verbündeten vor.
    Quelle: German Foreign Policy
11. **Klagt Erdogan an!**
    Seit August 2015 belagern und bombardieren Ankaras Sicherheitskräfte kurdische Städte im Südosten der Türkei. Der von der AKP-Regierung geführte Feldzug gegen die kurdische Befreiungsbewegung forderte Hunderte zivile Opfer, Hunderttausende Menschen befinden sich auf der Flucht, Tausende Wohnhäuser wurden in Schutt und Asche gelegt. Im Westen, vor allem in Deutschland, verloren die Vertreter der Regierungsparteien zu den Greueltaten ihres Bündnispartners Recep Tayyip Erdogan kein Wort.
    Um dieses Schweigen zu brechen, forderten Anwälte, Künstler und Intellektuelle Ende Juni mit einer umfassenden Anklageschrift zu Massakern in der kurdischen Stadt Cizre die Bundesanwaltschaft auf, ein Verfahren gegen den türkischen Staatspräsidenten und weitere Funktionäre des türkischen Staatsapparats zu eröffnen (jW berichtete am 28.6.). Im Gespräch mit junge Welt erklären prominente Unterstützer der Strafanzeige, warum Erdogans Verbrechen in Deutschland juristisch verfolgt werden sollten.

Quelle: junge Welt

12. **Die Russland-Kontroverse**
    Eine Analyse des ideologischen Konflikts zwischen Russland-Verstehern und Russland-Kritikern
    Der renommierte Politikwissenschaftler Klaus von Beyme (Bild) hat die Russland-Kontroverse in seinem neuen Buch analysiert (Springer, Wiesbaden 2016). Einige seiner Thesen werden dargestellt und erläutert. In der Einschätzung Russlands hat sich die öffentliche Meinung stark polarisiert. Die Russlandversteher betonen die Fehler des Westens, vor allem die Ausdehnung von NATO und EU. Während die Russlandkritiker den Konflikt auf Putins Machtstreben personalisieren.
    Quelle: paxchristi
13. **Ukraine: Jetzt läuft die "Russische Welt"**
    Zehntausende orthodoxe Christen pilgern auf Friedensmärschen nach Kiew. Ukrainische Regierung und Rechter Sektor sehen Kreml am Werk
    Erstmals gibt es in der Ukraine einen nationalen Friedensmarsch der orthodoxen Kirche. In drei Teil-Prozessionen bewegt sich der "gesamtukrainische Kreuz-Marsch für Frieden, Liebe und Gebet" mit mehreren zehntausend Teilnehmern auf Kiew zu. Während der aus Osten kommende Marsch bereits am 3. Juli am Kloster Swjatogorsk bei Slowjansk begann, startete die Prozession aus der Westukraine am 9. Juli vom Kloster Potschajiw aus. Drei Tage später begann aus südlicher Richtung ein weiterer Friedensmarsch in Odessa. Die drei Prozessionen sollen sich am 26. Juli in Kiew vereinigen und tags darauf im Petschersker Lavra, dem fast 1000 Jahre alten Höhlenkloster, eine große abschließende Liturgie feiern. Ziel des ersten gesamtukrainischen Marsches sei der Aufruf zum Frieden, sagte Wassili Anisimow von der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats.
    Quelle: Stefan Korinth bei Telepolis

    Anmerkung Paul Schreyer: *Von den deutschen Leitmedien wird dieser christliche Friedensmarsch bislang ignoriert.*

14. **Keine gemeinsame Haltung**
    Das europäisch-asiatische Dialogforum ASEM wird vom Streit um das Südchinesische Meer belastet. China beharrt weiter auf seinen Gebietsansprüchen. Die EU ist sich uneinig: Bis zum Gipfelbeginn waren die Mitgliedsstaaten nicht in der Lage, eine geschlossene Position zu der Entscheidung des Haager Schiedsgerichts zu formulieren.
    Quelle: Deutschlandfunk
15. **Jeden Tag 100 000 Euro**

Als in Norwegen der rechtsradikale Attentäter Anders Breivik vor Gericht stand, dauerte es ganze vier Monate von der Anklage bis zum Urteil. Warum geht so etwas beim NSU-Prozess nicht? Breivik hat an einem Tag öffentlich sein Massaker verübt und ein Geständnis abgelegt. Der NSU hat über 13 Jahre hinweg aus dem Untergrund zwei Sprengstoffanschläge, 15 Banküberfälle und zehn Morde begangen – und ein Geständnis gibt es nicht. Auch der Verfassungsschutz tut noch immer alles, damit seine Rolle nicht zu sehr beleuchtet wird. Das hat Tradition. Auch im bisher längsten Prozess der Nachkriegszeit, dem Schmücker-Prozess in Berlin, blockierte der Geheimdienst die Aufklärung, er ließ sogar die Tatwaffe verschwinden, mit der der Linksterrorist und V-Mann Ulrich Schmücker getötet worden war. 15 Jahre dauerten die Prozesse, am Ende stellte das Gericht alles ein – weil die Wahrheit nicht mehr zu ermitteln war.
So weit ist es im NSU-Prozess nicht. Das Gericht kann die Wahrheit recht gut einkreisen. Es sollte nur nicht mehr allzu lang damit warten. Denn auch historische Prozesse haben ein Verfallsdatum. Wenn die Richter den Punkt des allgemeinen Überdrusses überschreiten, dann ist das Urteil am Ende nur noch juristisch, aber nicht mehr gesellschaftlich relevant. Und das wäre gerade beim NSU-Prozess bitter. Denn der Prozess hat einen Blick in den deutschen Abgrund eröffnet, wie es ihn selten gibt: auf alle Fehler der Nachwendezeit, auf naive Polizisten, ignorante Geheimdienstler, eiskalte Rechtsradikale und angeblich brave Bürger, denen zehn Tote völlig egal sind. Der Prozess ist eine Geschichtsstunde, aus der man für Gegenwart und Zukunft viel lernen könnte. Wenn Geschichtsstunden aber ewig dauern, dann zermürben sie.
Quelle: Süddeutsche

16. **AfD: Fünf Thesen zum Umgang mit der AfD**
Der gar nicht so plötzliche, dann aber doch fulminante Aufstieg der AfD hat die etablierten Parteien und weite Teile der Öffentlichkeit überrascht. Entsprechend aufgeregt und bisweilen orientierungs- und hilflos waren lange Zeit die Reaktionen aus der offiziellen Politik, den sozialen Bewegungen und den Medien. Mittlerweile zeichnet sich ein rationaleres Vorgehen ab, aber eine konsistente oder gar konzertierte Strategie, wie der AfD klug zu begegnen ist, ist (noch) nicht erkennbar. Mit folgenden fünf Thesen soll die Debatte vorangetrieben werden.
Ganz abgebrühte Zeitgenossen könnten jetzt vermutlich dazu raten, einfach mal abzuwarten, wie sich das Phänomen AfD von selbst erledigt, weil die Partei an ihrer Widersprüchlichkeit scheitern und sich selbst zerlegen wird. Auch wenn es immer mal wieder und in letzter Zeit sich häufende Anzeichen dafür gibt, allein auf eine List der Vernunft zu hoffen, könnte sich am Ende als fatal erweisen. Für alle anderen emanzipatorischen Kräfte stellt sich daher die Frage, wie man verlorenen politischen Boden wieder gut machen kann.

Quelle: annotazioni

17. **Oskar Lafontaine (Die Linke) – Jung & Naiv: Folge 265**
Wir sind zu Gast in Saarbrücken und treffen Oskar Lafontaine. Oskar ist Oppositionsführer im saarländischen Landtag und vertritt die Linkspartei. Früher war er sogar Ministerpräsident im Saarland, damals noch für die SPD. Er war sogar Kanzlerkandidat und Parteivorsitzender. 1998 wurde er Bundesfinanzminister und galt schnell als "gefährlichster Mann Europas". Wir sprechen mit Oskar darüber: Was hat ihn zum "gefährlichsten Mann Europas" gemacht? Welche gefährlichen Ideen hat er verbreitet? Warum ist Oskar als reicher Mann links? Warum fordert er als reicher Mann eine Reichensteuer? Was ist Macht? Wann war er am mächstigsten, wann am ohnmächtigsten? War er gegen die deutsche Einheit? Was hat er gegen den Euro und das Währungssystem? Was ist Neoliberalismus? Leben wir in Deutschland in einer Demokratie? Was ist eine Oligarchie? Wie hält er es mit den USA & Russland? Was unterscheidet ihn von seiner Frau Sahra Wagenknecht? Was sind deutsche Werte und das deutsche Volk? Wann kann Rot-Rot-Grün kommen?
Das und eure naiven Fragen in Folge 265 von Jung & Naiv…
Quelle: Jung und naiv